

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/02\_KSA/27. Kreis- und Strategieausschuss



### Protokoll

## 27. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Montag, 06.11.2023 im Hermann-Beham-Saal

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 16:33 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Gabriele Huber

### Anwesend sind:

#### CSU-FDP-Fraktion

Bauer, Christian  
Brilmayer, Walter  
Huber, Thomas  
Markmiller, Susanne, Dr.  
Wagner, Martin

abwesend ab 16:31 Uhr  
abwesend ab 16:04 Uhr

#### GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud  
Leng, Lakhena  
Mayer, Benedikt  
von der Forst, Johannes

anwesend ab 10:12 Uhr;  
abwesend ab 12:00 Uhr  
anwesend ab 13:05 Uhr

#### FW-BP-Fraktion

Scherzl, Günter

#### SPD-Fraktion

Proske, Ulrich  
anwesend ab 10:16 Uhr

#### AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.  
anwesend ab 13:43 Uhr

#### AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred  
anwesend ab 10:07 Uhr

**Abwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Müller, Alexander entschuldigt

**FW-BP-Fraktion**

Reitsberger, Georg entschuldigt

**SPD-Fraktion**

Hingerl, Albert entschuldigt

**Stellvertreter**

Rauscher, Doris entschuldigt  
von Sarnowski, Thomas entschuldigt

---

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Vorplanung Haushalt 2024 für das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses  
Vorlage: 2023/0906
- TOP 5 Wirtschaftsplan 2024 des Sondervermögens "Liegeschäften bei der Kreisklinik Ebersberg"  
Vorlage: 2023/0907
- TOP 4 Haushalt 2024; Stellenplan 2024  
Vorlage: 2023/0913  
  
Gemeinsames Mittagessen
- TOP 6 Wirtschaftsplan 2024 für die Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen durch den Landkreis  
Vorlage: 2023/0908
- TOP 7 Haushalt 2024; Beratung über den Haushaltsentwurf, 1. Lesung  
Vorlage: 2023/0909
- TOP 8 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 10 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 11 Anfragen

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Die Ausführungen sowie die Fragen eines Bürgers zum Kreishaushalt 2024 mit Bezug auf die Finanznot der Gemeinde Kirchseeon sind mit den Antworten der Verwaltung dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, gibt die Entschuldigungen bekannt und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 26. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 09.10.2023 gibt es keinen Einwand. Die Niederschrift ist damit einstimmig genehmigt.

KR Benedikt Mayer erkundigt sich, ob zum TOP 07 ö; Haushalt 2024, Beratung über den Haushaltsentwurf, 1. Lesung, eine sprachfähige Person zum Thema ÖPNV anwesend sein wird, was der Landrat bejaht. Der zuständige Sachbearbeiter Sebastian Hallmann wird bei diesem Tagesordnungspunkt für Fragen zur Verfügung stehen.

Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand, sie ist somit einstimmig genehmigt.

TOP 3	Vorplanung Haushalt 2024 für das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses
-------	---

2023/0906

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) einen Sachvortrag zum Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschusses für den im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von netto 13.101.562 € eingeplant sind. Das netto liegt um 798.438 € unter dem vorgegebenen Eckwert und 311.124 € unter dem Haushaltsansatz des Vorjahres. Katja Witschaß weist in ihrem Sachvortrag auf neue Informationen im Bereich der Investitionen hin, wodurch sich die in der Sitzungsvorlage genannte *Investitionssumme* von 2.707.124 € auf 1.613.111 € verringert. In der Präsentation wurde die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages entsprechend angepasst.

Katja Witschaß beantwortet die Verständnisfragen aus dem Gremium zufriedenstellend.

KR Benedikt Mayer erkundigt sich, ob die Rechtsaufsichtsbehörde mit der Darlehensaufnahme durch den Landkreis für den Personalwohnbau der WBE gKU einverstanden sei, was die Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung Zentrales und Bildung Brigitte Keller bejaht. Dieses Darlehen fließe nicht bei der jährlichen Schuldenstatistik des Landkreises ein, weil der komplette Schuldendienst (Zins und Tilgung), den der Landkreis gegenüber der Bank zu leisten habe, eins zu eins von der WBE übernommen werde.

KRin Lakhena Leng informiert über die bisherige Zuordnung der Stelle ‚Zentraler Controller‘ auf der Kostenstelle des Revisionsamtes (050). Sie erkundigt sich, weshalb sich die Kostenstelle nicht reduziere, obwohl die Stelle ab 01.01.2024 bei der Kostenstelle ‚Zentrales Controlling‘ (025) geplant und gebucht werde.

Die Finanzmanagerin Brigitte Keller erklärt, dass es sich hier um eine Doppelzahlung handle, da die vorhergehende Leitung des Revisionsamtes sich in der Altersteilzeit Freiphase befände und die Stelle nachbesetzt wurde.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag mit der geänderten Investitionssumme zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Für den Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschusses (27 Budgets) werden im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von netto 13.101.562 € eingeplant.**
- 2. Bei den Investitionen werden im Haushalt 2024 insgesamt 1.613.111 € eingeplant.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 5	Wirtschaftsplan 2024 des Sondervermögens "Liegschaften bei der Kreisklinik Ebersberg"
-------	---

2023/0907

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

**Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen, da die zu TOP 04 ö zuständige Sachbearbeiterin noch nicht anwesend ist.**

Barbara Strangfeld hält anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) einen Sachvortrag und informiert über den Wirtschaftsplan 2024 des Sondervermögens „Liegschaften bei der Kreisklinik Ebersberg“.

Der vom Landkreis zu finanzierende Nettobedarf beträgt im Jahr 2023 insgesamt 200.000 €. Die Erbpachtzinsen für die Strahlentherapie in Höhe von 32.000 € werden direkt im Sondervermögen ausgewiesen und von dort an die Kreisklinik gGmbH weitergeleitet.

KR Benedikt Mayer bittet künftig das Ende der Abschreibungen im Wirtschaftsplan des Sondervermögens mitaufzunehmen.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Wirtschaftsplan 2024 des Sondervermögens „Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Die Beschlussfassung erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2024.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 4	Haushalt 2024; Stellenplan 2024
-------	---------------------------------

2023/0913

Sachvortragende(r): Margrita Schwanke-Berner, Leiterin des Sachgebiets 12, Personalservice

Margrita Schwanke-Berner hält anhand einer ausführlichen Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) einen Sachvortrag. Sie informiert über die von Seiten der Verwaltung befürworteten und vom Gremium zu genehmigende neue Stellensituation für den Landkreis ab 2024 mit 32 zusätzlichen Stellen, plus drei LGM-Stellen (Feste Stellen für leistungsgeminderte Mitarbeiter) und der in 2023 besetzten acht Reservestellen. Da zwei Zensus-Stellen eingezogen werden, ergibt sich nominal eine Stellenerhöhung von 41 Stellen mit einer Brutto-Summe von 1.758.630 €, abzüglich 147.310 € Refinanzierung.

Um den Haushalt ein wenig zu entlasten, schlägt die Finanzmanagerin Brigitte Keller vor, folgende Stellen in die Reservestellen aufzunehmen:

Stelle 11.37 – „Digitale Poststelle - Scanstelle

Stelle R.5 „Sachbearbeitung Revisionsamt“ (1 Stelle)

Stelle 44.19 und 44.20 „Sachbearbeitung Wasserrecht“ (1 Stelle)

Stelle 51.10 „Sachbearbeitung Infektionsschutz“ (1 Stelle)

Stelle 52.9 „Teamassistenz Schuleingangsuntersuchung“ (1 Stelle)

Der Haushalt 2024 könnte dadurch um 230.330 € entlastet werden. Die Stellen würden dennoch zur Verfügung stehen, würden aber bei Besetzung nochmal das interne Genehmigungsverfahren nach Genehmigung des Haushalts durchlaufen. Katja Witschaß stellt in der Präsentation neben dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage einen alternativen Beschluss vor, der den Vorschlag der Finanzmanagerin beinhaltet.

KR Manfred Schmidt lehnt im Namen der AfD-Kreistagsfraktion die zusätzlichen Stellen im Bereich Asyl ab und möchte auch die zusätzlichen Stellen für die Sachbearbeitung Einbürgerung in Frage stellen, die durch eine gravierende Gesetzesänderung (generelle Hinnahme von Mehrstaatlichkeit sowie Verkürzung der Voraufenthaltszeiten) verursacht werden. Obwohl seine Fraktion die Stellen für leistungsgeminderte Mitarbeiter ausdrücklich begrüße, könne er den Beschlussvorschlag aufgrund der Stellen im Bereich Asyl/Einbürgerung nicht mittragen.

Einige Mitglieder aus dem Gremium zeigen sich besorgt über die enorme Personalkostensteigerung 2024 ff., zumal überwiegend staatliche Aufgaben die massive Erhöhung verursa-

chen würden, für die der Landkreis aufzukommen habe. Im Jahr 2022 beträgt die Kostenunterdeckung 4,7 Mio. €, was laut der Finanzmanagerin Brigitte Keller 2 KU-Punkte bedeute. Trotz Verständnis für die dringend benötigten zusätzlichen Stellen, sprechen sich einige Mitglieder mit Blick auf die finanzielle Gesamtsituation des Landkreises, als auch der Kommunen, dafür aus, an den kreisumlagererelevanten Personalkosten sparen zu wollen. Nach Ansicht des Gremiums könne aber nur die Verwaltung beurteilen, welche Stellen aus dem Stellenplan rausgenommen werden könnten.

Der Landrat erklärt, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolge. In den Jahren 2019-2022 wurden vom Freistaat Bayern jeweils 70 neue Stellen für Landratsämter zur Verfügung gestellt, wovon der Landkreis jedes Jahr eine Stelle bekommen habe.

Der Personalratsvorsitzende Stefan Madl schildert den Arbeitsdruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt bei der Erfüllung von staatlichen Pflichtaufgaben und wie schwer es ist, Personal in diesen Bereichen zu gewinnen und zu halten.

Den Vorschlag von KR Christian Bauer aufgreifend, formulieren die Finanzmanagerin Brigitte Keller, die Leiterin des Personalservice Margrita Schwanke-Berner und Mitglieder des Gremiums gemeinsam einen weiteren alternativen Beschlussvorschlag, der während der Sitzungsunterbrechung auf Antrag von KRin Waltraud Gruber gemäß § 17 Abs. 3 Ziffer 1 f) der GeschO-KT von 11:33 Uhr bis 11:46 Uhr beraten wird.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung spricht sich KRin Waltraud Gruber im Namen der Kreisfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hinblick auf den Arbeitsdruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen die starke Einsparung beim Personal aus.

Auf die Nachfrage von KR Manfred Schmidt erklärt Brigitte Keller, dass die zur Finanzierung der 20 Reservestellen bereitgestellten 750.000 € ca. 0,3 Kreisumlagenpunkte ausmachen werden.

KR Benedikt Mayer bittet den in der Präsentation vorgestellten alternativen Beschlussvorschlag der Finanzmanagerin als den weitergehenden vorab zur Abstimmung zu stellen, dem der Landrat nachkommt. Anschließend erfolgt die Abstimmung über den gemeinsam erarbeiteten Beschlussvorschlag.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**1. Die beantragten 43 neuen Stellen**

<b>Stellen</b>	<b>Refinanzierung</b>	<b>Haushalt 2024</b>
<b>Stelle 16.12 „Sachbearbeitung Controlling, Steuern, Buchführung“ (1 Stelle)</b>	<b>51.590 €</b>	<b>51.590 €</b>
<b>Stelle 21.19 „Sachbearbeitung Bildung und Teilhabe“ (1 Stelle)</b>		<b>56.480 €</b>
<b>Stellen 21.20 und 21.21 „Sachbearbeitung EOF-Förderung (einkommensorientierte Förderung“ (2 Stellen)</b>		<b>123.080 €</b>
<b>Stellen 21.22 bis 21.28 „Sachbearbeitung Wohngeld“ (7 Stellen)</b>		<b>427.390 €</b>
<b>Stelle 21.29 „Teamleitung Fachbereich EOF / Sozialwohnungen / Amt für Ausbildungsförderung / Pflegeversicherung / Rentenversicherung“ (1 Stelle)</b>		<b>51.180 €</b>
<b>Stelle 22.29 „Hausmeister Asyl“</b>		<b>52.820 €</b>
<b>Stellen 22.30 und 22.31 „Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz“ (2 Stellen)</b>		<b>88.550 €</b>
<b>Stellen 22.32 und 22.33 „Soziale Betreuung Asyl“ (2 Stellen)</b>		<b>106.220 €</b>
<b>Stelle JC.21 „Leistungssachbearbeiter Jobcenter“ (1 Stelle)</b>		<b>57.850 €</b>
<b>Stelle 31.21 „Sachbearbeitung Arbeitsmigration (1 Stelle)</b>		<b>56.480 €</b>
<b>Stelle 31.22 „Sachbearbeitung Einbürgerung“ (1 Stelle)</b>		<b>62.910 €</b>
<b>Stelle 32.21 „Sachbearbeitung Fahrerlaubnisrecht“ (1 Stelle)</b>		<b>62.910 €</b>



<b>Stelle 33.21 „Sachbearbeitung Waffenrecht“ (1 Stelle)</b>		<b>56.480 €</b>
<b>Stelle 44.18 „Sachbearbeitung Immissionschutzrecht“ (1 Stelle)</b>		<b>67.020 €</b>
<b>Stelle 44.19 „Sachbearbeitung Wasserrecht“ (1 Stellen)</b>		<b>113.480 €</b>
<b>Stelle 61.62 „Verfahrenslotse“ (1 Stelle)</b>		<b>69.370 €</b>
<b>Stellen 63.14 und 63.15 „Betreuung in Einrichtungen der Jugendhilfe (Erzieher/-in/ bzw. Sozialpädagoge/-in) (2 Stellen)</b>	<b>95.720 €</b>	<b>95.720 €</b>
<b>Stellen LGM.1, LGM.2, LGM.3 „Feste Stellen für leistungsgeminderte Mitarbeiter (3 Stellen)</b>		<b>0 €</b>
<b>13 Reservestellen 12.21, 12.22, 12.23, 12.24, 12.25, 12.26, 12.27, 12.28, 12.29, 12.30, 12.31, 12.32, 12.33</b>		<b>0 €</b>
<b>Summe</b>	<b>147.310 €</b>	<b>1.528.300 €</b>

2. Es werden 2 Stellen (Zensus 1.5 und 1.6) eingezogen.
3. Im Haushalt 2024 werden zusätzlich Mittel in Höhe von 1.528.300 € bereitgestellt.
4. Der haushaltsrechtliche Stellenplan 2024 des Landkreises wird auf Grundlage des vorgelegten Entwurfes verabschiedet. Die Beschlussfassung darüber erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2024.



abgelehnt

Ja 4 Nein 8 Anwesend 12

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

1. Die 8 Reservestellen 2023 werden wie folgt zugeordnet:
  - Sachgebiet 22 – Team Asyl: Sachbearbeitung/Teamassistenz Unterkunftsverwaltung Asyl (1 Stelle) und Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz (1 Stelle)
  - Sachgebiet 21: Teamassistenz Wohngeld (1 Stelle) sowie Sachbearbeitung Wohngeld (1 Stelle) sowie Teamassistenz Telefonmanagement Wohngeld (1 Stelle)
  - Sachgebiet 61: Teamleitung im Kreisjugendamt für Team Beistandschaften, UVG, Kindertagespflege, Kindertagesaufsicht (als Doppelspitze) (1 Stelle)
  - Sachgebiet 17: Teamassistenz u. Sachbearbeitung für neues Sachgebiet Mobilität (1 Stelle)

• **Sachgebiet 31: Sachbearbeitung Einbürgerung (1 Stelle)**

2. Die 2 Zensusstellen werden eingezogen.
3. Die 3 refinanzierten Stellen (1 x KAW, 2 x Einrichtungen der Jugendhilfe) werden genehmigt.
4. Es werden 20 Reservestellen genehmigt.
5. Im Gemeinkostentopf werden zur Finanzierung dieser 20 Reservestellen pauschal 750.000 € bereitgestellt. Die Priorisierung liegt bei der staatlichen Pflichtaufgabenerfüllung und bei der Abarbeitung von Rückständen im sozialen Bereich.



angenommen

Ja 8 Nein 4 Anwesend 12

Nach Beschlussfassung unterbricht der Landrat um 12:00 Uhr die Sitzung für eine kurze Mittagspause.

TOP	Gemeinsames Mittagessen
-----	-------------------------

Der Landrat unterbricht die Sitzung von 12:00 Uhr bis 13:05 Uhr für eine Mittagspause.

Der Landrat eröffnet nach der Mittagspause um 13:05 Uhr erneut die Sitzung.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung weist der Landrat auf die im Eingangsbereich des Landratsamtes ausliegenden Kondolenzbücher für den kürzlich verstorbenen Altlandrat Gottlieb Fauth und für den ehemaligen Kreisbrandrat Gerhard Bullinger hin.

TOP 6	Wirtschaftsplan 2024 für die Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen durch den Landkreis
-------	--

2023/0908

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Barbara Strangfeld informiert im Rahmen einer ausführlichen Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) über die Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen durch den Landkreis im Wirtschaftsjahr 2024 sowie deren Auswirkungen auf den Haushalt 2024.

Da es sich bei dem Zuschuss für medizinische Geräte und EDV nicht um einen Defizitausgleich handle, sondern um einen Zuschuss für Anschaffungen, habe der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) auf Anfrage mitgeteilt, so Barbara Strangfeld, dass eine Anpassung des Betrauungsaktes nicht notwendig sei. Aus diesem Grund werde von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, den letzten Satz „Der Betrauungsakt wird entsprechend an-

gepasst“ des in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 07.11.2022 gefassten Beschlusses zu streichen (sh. Ziffer 6 des Beschlussvorschlages).

KR Manfred Schmidt sieht die Gesundheitsversorgung als eine der wichtigsten Aufgaben des Landkreises an, von daher stimme er im Namen der AfD-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Nach Ansicht von KR Manfred Schmidt ist der Großraum Vaterstetten vor allem in den Fachbereichen HNO und Orthopädie medizinisch unterversorgt. Er bittet zu prüfen, ob ein weiteres Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Computertomografie im Norden des Landkreises als Tochtergesellschaft der Kreisklinik wirtschaftlich vertretbar sei.

Der Landrat erklärt, dass das MVZ Kreisklinik Ebersberg mit seinen verschiedenen Schwerpunktangeboten (u.a. ambulante Operationen, Gynäkologie mit Praxis in Poing) fachlich gut aufgestellt und am Standort in Ebersberg, auf den sich der Landkreis konzentrierte, durch den regelmäßigen Busverkehr gut an den S-Bahnhof angebunden sei. Das medizinische Versorgungszentrum solle nicht in unmittelbare Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten treten, sondern als Ergänzung in der ambulanten Versorgung betrachtet werden.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt ausdrücklich die Kreisklinik, so KR Benedikt Mayer, möchte aber darauf hinweisen, dass, sollte die Kreisklinik das Gesamtvolumen des Kassenkredits von 22,5 Mio. € (Haushaltsjahr 2024) nicht oder nur zum Teil zurückzahlen können, sich dieser Fehlbetrag in Zukunft auf die Kreisumlage auswirken werde, was die Finanzmanagerin des Landkreises Brigitte Keller bestätigt.

#### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Der Wirtschaftsplan 2024 der Kreisklinik Ebersberg gGmbH mit den Ausgleichszahlungen und anderen Begünstigungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) im Landkreishaushalt wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Zur Liquiditätssicherung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird ein Kassenkredit im Haushaltsjahr 2024 i.H.v. 10.Mio. € gewährt. Sollte der Landkreis einen Kassenkredit für eigene Zwecke benötigen, müsste die Kreisklinik eigene Kredite zur Sicherung der Liquidität aufnehmen bzw. den durch den Landkreis gewährten Kassenkredit zurückzahlen.**
- 3. Im Kreishaushalt werden für das Jahr 2024 folgende Zuschussbescheide geplant und in Aussicht gestellt:**

#### **Bauabschnitt 8:**

<b>Zuschussbescheid im Haushaltsjahr 2024:</b>	<b>35.987 €</b>
<b>Gesamtbudget (80%-Anteil Landkreis):</b>	<b>6.348.000 €</b>
<b>Bisherige Zuschussbescheide:</b>	<b>6.311.697 €</b>
<b>Kostensteigerung des 80% Anteils:</b>	<b>35.987 €</b>

**Zentrale Notaufnahme Neubau (Erbe), E0 + E1**

**Zuschussbescheid im Haushaltsjahr 2024 1.130.000 €**

**Finanziert über Erbe Jakob!**

**Gesamtbudget (80%-Anteil Landkreis): 8.728.000 €**

**Planung Stand 2023: 9.713.000 €**

**Kostenreduzierung des 80% Anteils: 985.000 €**

**Der Erlass entsprechender Bescheide ist von der Kreisklinik gGmbH zu beantragen. Die tatsächliche Abrechnung erfolgt nach Verwendungsnachweis.**

**4. An Defizitausgleichen werden gewährt:**

**Defizitausgleich Gynäkologie und Geburtshilfe: 1.300.000 €**

**5. Es wird ein Zuschuss für medizinische Geräte und EDV in Höhe von 1.500.000 € für das Haushaltsjahr 2024 gewährt.**

**6. Der Beschluss des Kreis- und Strategieausschusses vom 07.11.2022 wird wie folgt geändert (Streichung letzter Satz, rot markiert):**

**Folgende Maßnahmen werden im Verwendungsnachweis eines Jahres berücksichtigt:**

- **Anschaffungen im jeweiligen Wirtschaftsjahr**
- **Maßnahmen, für die im jeweiligen Wirtschaftsjahr rechtliche Verpflichtungen durch Verträge, Bestellungen etc. eingegangen wurden und deren Bezahlung erst im folgenden Jahr erfolgt.**
- **Geplante Maßnahmen, die mit dem Wirtschaftsplan Teil 2 der Kreisklinik korrespondieren. Sollten durch Planänderungen Abweichungen erfolgen, ist dies zu begründen.**
- **~~Der Betrauungsakt wird entsprechend angepasst.~~**

**7. Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt die Aufstellung über die Ausgleichszahlungen 2016 – 2028 (Anlage 6 zum Protokoll) zur Kenntnis.**

**8. Eine Beschlussfassung für die Haushaltsplanung 2024 ff erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung 2024.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 7	Haushalt 2024; Beratung über den Haushaltsentwurf, 1. Lesung
-------	--

2023/0909

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 26.09.2023, TOP 4 Ö  
LSV-Ausschuss am 04.10.2023, TOP 3 Ö  
Jugendhilfeausschuss am 10.10.2023, TOP 4 Ö  
SFB-Ausschuss am 18.10.2023, TOP 3 Ö  
Kreis- und Strategieausschuss am 06.11.2023, TOP 3 Ö

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) einen ausführlichen Sachvortrag zum Haushaltsentwurf 2024; Erste Lesung. Ziel der Beratungen soll die Festlegung der Ergebnisbudgets der Teilhaushalte und der Investitionen (einschließlich Warteliste) sein, damit für die zweite Lesung am 04.12.2023 ein Haushaltsentwurf vorgelegt und der künftige Schuldendienst aktualisiert werden kann (Kredite, Tilgung, Zinsen). Frau Witschaß informiert des Weiteren über folgende neue Sachverhalte, die nach der Fertigstellung der Sitzungsvorlage nicht mehr eingearbeitet werden konnten – zur zweiten Haushaltslesung aber berücksichtigt werden:

- Zusätzliche 60.000 € für den Pflegekrisendienst (weitere 140.000 € werden durch Zuschüsse gegenfinanziert)
- Zusätzliche 83.120 € für Anmietung und Bewirtschaftung des Gebäudes Ulrichstraße 1 (NEU)
- Des Weiteren ist das Investitionsvolumen der Kreisklinik im Haushalt 2024 anzupassen und die aktuellste Prognose für die Haushaltsreste sowie die Neuaufnahme des Kredites im November einzuarbeiten. (Dies hat Auswirkungen auf die Zinsbelastung des Haushaltes)

Somit ergibt sich ein Ergebnisüberschuss in Höhe von rechnerisch 2.793.968 €, ohne neuen Stellenplan (siehe TOP 04 ö mit pauschal 750.000 € zur Finanzierung von 20 Reservestellen) und aktualisierte Zinsaufwendungen.

Katja Witschaß weist in ihrem Vortrag auf die ungünstig beurteilte dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises im Jahr 2024 hin.

KR Christian Bauer stellt fest, dass sich die in der Präsentation genannten Personalaufwendungen in Höhe von 2,6 Mio. € noch um die bei TOP 04 ö beschlossenen 750.000 € für die 20 Reservestellen erhöhen werden. Daraus folge eine Steigerung von Plan 2023 zum Plan 2024 auf rund 3,35 Mio. €, was die Finanzmanagerin Brigitte Keller bestätigt.

Die aus dem Gremium gestellten Verständnisfragen zu den Teilbudgets des SFB- und ULV-Ausschusses werden von Katja Witschaß, der Finanzmanagerin Brigitte Keller sowie von Sebastian Hallmann, Sachbearbeiter für öffentlichen Personennahverkehr und MVV zufriedenstellend beantwortet.

KR Benedikt Mayer zeigt sich erfreut über die Reduzierung des Mehrbedarfs auf 1,5 Mio. € im Bereich des ÖPNV, zumal für den Eckwert in der Juli-Sitzung des ULV-Ausschusses noch 3,5 Mio. € angemeldet wurden.

KR Manfred Schmidt äußert sein Bedauern darüber, dass die von Seiten der AfD-Kreistagsfraktion vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen in Höhe

von 1,5 Mio. € abgelehnt wurden. Beispielhaft führt er die Mitgliedschaften des Landkreises beim Bund Naturschutz und beim Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum an, als auch Abschussprämien für Schwarzwild und die nach seiner Ansicht nach unnötige Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Klimaschutzmanagements, die von Seiten seiner Fraktion allesamt abgelehnt würden. Als wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben befürworte seine Fraktion die Zusatzkosten für den sozialen Wohnungsbau, für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), als auch für den Pflegekrisendienst. In seinem weiteren Statement fordert KR Manfred Schmidt die sofortige Einstellung der sogenannten „Budgetrücklagen“, die er als Etikettenschwindel bezeichnet.

KR Martin Wagner bedankt sich bei der Verwaltung für die gute fachliche Vorbereitung. Im Hinblick auf die ungünstig beurteilte dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises im Jahr 2024 sei er über die beschlossene Personalkostensenkung froh.

Brigitte Keller verweist auf die bis zur zweiten Lesung vorliegenden Kennzahlen zum Finanzbedarf der Gemeinden, was in Summe einen besseren Vergleich zum Landkreis ermögliche. Sobald die Umlagekraftzahlen dem Landkreis vorliegen, werde die Verwaltung den Kreisumlagenanteil der Gemeinden berechnen und den Fraktionen und der Ausschussgemeinschaft zur Verfügung stellen.

KR Ulrich Proske erkundigt sich, ob der Beschlussvorschlag eine Kreisumlagerhöhung beinhalte, was der Landrat verneint. Der Beschlussvorschlag für alle fünf Budgets basiere auf der aktuellen Kreisumlage von 48,5 %-Punkten.

Aufgrund der im Juli vorgestellten Anforderungen betrachte die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen den deutlichen Anstieg des Finanzbedarfs der Sachgebiete mit Sorge, so KR Benedikt Mayer. Seine Fraktion sehe aber auch die Bemühungen der Verwaltung die Anforderungen herunterzuschrauben, von daher werden sie dem Beschlussvorschlag zustimmen. In ihrer letzten Fraktionssitzung wurde der unter der Abschreibung liegende Bauunterhalt bemängelt.

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler/Bayernpartei werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, so KR Günter Scherzl. Die Personalkostensenkung sehe er als den richtigen Schritt an, denn der Landkreis stehe die nächsten Jahre vor großen Herausforderungen.

Der Landrat stellt den um die neuen Sachverhalte ergänzten und vorgestellten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

#### **1. Die Fachausschüsse erhalten folgende Teilbudgets:**

- a) Dem Kreis- und Strategieausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 13.101.562 € zur Verfügung gestellt.**
- b) Dem LSV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 19.368.841 € zur Verfügung gestellt.**
- c) Zusätzlich zu dem Teilbudget des LSV-Ausschusses werden 83.120 € für die Kostenstelle 974 Gebäude Ulrichstraße 1 eingeplant.**

- d) Dem ULV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 11.826.159 € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus plant der Teilhaushalt der Kommunalen Abfallwirtschaft (kostenrechnende Einrichtung) ein Jahresdefizit von 1.272.376 €, welches durch die vorhandene Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen wird.**
- e) Dem Jugendhilfeausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 19.000.000 € zur Verfügung gestellt.**
- f) Dem SFB-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 22.481.336 € zur Verfügung gestellt.**
- g) Zusätzlich zu dem Teilbudget des SFB-Ausschusses werden 60.000 € für den Pflegekrisendienst eingeplant. Der zu beantragende 70%ige Förderanteil (140.000 €) wird auf der Ertragsseite sowie auf der Aufwandsseite erfasst.**
- 2. An Investitionen werden im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von 14.556.051 € eingeplant. In dieser Summe sind bereits die Anpassungen bei dem Investitionsvolumen der Kreisklinik enthalten.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 04.12.2023 den Haushalt 2024 unter Berücksichtigung der Korrekturen zu erstellen und die Haushaltssatzung vorzubereiten.**



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

TOP 8	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 9	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

keine

TOP 10	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 11	Anfragen
--------	----------

KR Manfred Schmidt erkundigt sich, ob die im Kreistag am 16.05.2022 durch den Landrat erbetene Aufstellung zur klar definierten Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Klimaschutzmanagerin und der Energieagentur zwischenzeitlich erfolgt sei.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung Zentrales und Bildung, antwortet, dass die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Klimaschutzmanagement und Energieagentur Ebersberg-München gGmbH mit Vertretern der Energieagentur und dem Klimaschutzmanagement im ULV-Ausschuss als zuständigen Fachausschuss ausführlich behandelt wurde.

Der Landrat stellt keine weiteren Anfragen fest und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:47 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.